

NEWS AUS BRÜSSEL

EU-Informationen der Verbindungsstelle Brüssel

September/Oktober 2011

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Christian Freudlsperger

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene

Vom 25. September bis zum 2. Oktober 2011

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Europa steht am Scheideweg

In seiner Rede zur Lage der Union erklärte Kommissionspräsident Barroso am 28.09. vor dem Europäischen Parlament, dass die Union vor der größten Herausforderung ihrer Geschichte stehe. Es gebe nicht nur eine Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise, sondern auch eine politische Vertrauenskrise. Die Lage sei ernst, aber die Krise sei lösbar. Notwendig sei eine Ergänzung der Währungsunion durch eine Wirtschaftsunion. Ohne weitere Integration drohe der Zerfall. Es sei eine Illusion zu glauben, eine gemeinsame Währung und ein Binnenmarkt könnten im Wege der Regierungszusammenarbeit gesteuert werden. Aufgrund der Gemeinschaftsbefugnisse sei die Kommission die Wirtschaftsregierung der Union; dafür seien keine neuen Institutionen erforderlich. Die Kommission werde in den kommenden Wochen einen Vorschlag für einen einheitlichen, kohärenten Rahmen zur Vertiefung der wirtschaftlichen Koordinierung und Integration, insbesondere im Euroraum, vorlegen.

http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/607&format=HTML&age_d=0&language=DE&guiLanguage=en

2. Eurogruppenpräsident Juncker fordert ehrgeizigere Strukturen

Bei der Aussprache am 27.09. im Europäischen Parlament bekräftigte Jean-Claude Juncker, dass es Zeit für ehrgeizigere Strukturen sei, die nicht auf der zwischenstaatlichen Methode basieren. Er sei auch absolut gegen eine Lösung, die das Verlassen eines Euro-Staates aus der Eurozone vorsieht. Juncker forderte die europäischen Politiker auf, mehr Enthusiasmus und eine Vision zu entwickeln und Populismus zu unterlassen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110923IPR27374/html/Eurozone-Juncker-fordert-Ehrgeiz-Enthusiasmus-und-Vision>

3. Kommissionspräsident Barroso rühmt Edmund Stoiber als großen Europäer

In seiner Rede anlässlich des 70. Geburtstages von Dr. Edmund Stoiber erklärte Kommissionspräsident José Manuel Barroso, dass niemand so gut wie er wisse, wie sehr sich Stoiber um die europäische Sache verdient gemacht habe. Seine Arbeit zum Abbau von Bürokratie werde parteiübergreifend anerkannt. In der derzeitigen Schuldenkrise brauche Europa mehr denn je Persönlichkeiten wie Stoiber, die Verantwortung übernehmen.

http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/615&format=HTML&age_d=0&language=EN&guiLanguage=en

4. Arbeitsprogramm der Kommission für 2012

Nach Abschluss eines strukturierten Dialogs mit dem Europäischen Parlament will die Kommission am 15.11. ihr Arbeitsprogramm für 2012 vorlegen. Die größte Aufgabe sei, die Wirtschaft zu beleben und Vertrauen wiederherzustellen, um das einzigartige Sozialmodell der EU fortführen zu können. Notwendig sei eine Stärkung des Binnenmarkts einschließlich der Verbraucherrechte. Ein umfassendes Paket werde zum Schienenverkehr vorgelegt. Der Ausbau der sozialen Marktwirtschaft umfasse ein Beschäftigungspaket, die Unterstützung der beruflichen Altersversorgung und den Schutz von Zusatzrenten beim Arbeitsplatzwechsel. Eines der wichtigsten Ziele sei ferner ein kohärenter Rahmen für den schrittweisen Übergang zu einem kohlenstoffarmen, ressourceneffizienten Europa.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/645&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

5. Erfolg bei Entbürokratisierung

Nach einem Bericht der Präsidentschaft im Rat für Wettbewerbsfähigkeit am 29./30.09. kann das Ziel einer Reduzierung der Verwaltungslasten um 25% auf europäischer Ebene bis Ende 2012 erreicht werden. Die Kommission habe Vorschläge mit einem Reduzierungspotenzial von 31% unterbreitet. Maßnahmen über 21.9% seien bereits verabschiedet. Problematisch seien auch unnötige Belastungen bei der Umsetzung von europäischem Recht durch die Mitgliedstaaten. Hierzu werde die Hochrangige Gruppe unter Edmund Stoiber im November Vorschläge über bestmögliche Praktiken herausbringen.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/11/st14/st14328.en11.pdf> (Progress Report)

II. Internationales, Außenhandel, Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

a) Internationales

1. Keine Beitrittsperspektive für osteuropäische Staaten

Beim Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft am 29./30.09., erklärte die EU, dass sie den sechs Ländern bei der Integration in den EU-Binnenmarkt helfen wolle. Betroffen sind drei osteuropäische Staaten (Ukraine, Moldawien und Weißrussland) sowie drei Kaukasusländer (Georgien, Armenien und Aserbaidschan). Bis Ende des Jahres sollen die Verhandlungen mit der Ukraine über ein vertieftes Freihandelsabkommen abgeschlossen und mit Moldawien und Georgien begonnen werden. Weißrussland erhalte nur Hilfen bei Fortschritten in Bezug auf Demokratie und Menschenrechte. Dem Vernehmen nach haben Frankreich und Deutschland verhindert, dass eine „europäische Perspektive“ für die sechs Länder erwähnt wurde. Den Partnerländern wurde das visafreie Reisen in die EU in Aussicht gestellt. In Warschau wird eine Akademie für die Öffentliche Verwaltung der Östlichen Partnerschaft gegründet.

<http://pl2011.eu/de/content/gipfel-der-oestlichen-partnerschaft-warschau-beendet>

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/124843.pdf

(Joint

Declaration)

2. Zusammenarbeit mit östlichen Partnern in der Innen- und Justizpolitik

Die Kommission hat beschlossen, die Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres im Rahmen der Östlichen Partnerschaft auszubauen. Die Außendimension des Politikbereichs Justiz und Inneres habe in den letzten Jahren zunehmend an Gewicht gewonnen. Die Zusammenarbeit in Bereichen wie der Visa-, Asyl- und Grenzschutzpolitik sowie bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der Justizreform habe zu mehr Sicherheit und Stabilität für Bürger und Unternehmen in den östlichen

Partnerländern und der EU geführt. Die EU-Kommission hat eine Mitteilung veröffentlicht, die als Grundlage für einen weiteren Ausbau des Dialogs und der Zusammenarbeit mit den östlichen Partnerländern (Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Georgien, Republik Moldau und Ukraine) dienen soll.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1075&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
http://ec.europa.eu/justice/index_en.htm

3. Taskforce EU-Tunesien hat Arbeit aufgenommen

Die erste Sitzung der EU-Tunesien-Taskforce fand am 28./29.09. in Tunis statt. Den Vorsitz führten die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton und der tunesische Premierminister Beji Caid el Sebsi. Beide Seiten einigten sich auf eine Reihe konkreter Vorhaben zur Förderung der Wirtschaft und des Übergangs zur Demokratie. Die Unterstützung der EU für Tunesien kann in den Jahren 2011 bis 2013 etwa 4 Mrd. EUR erreichen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1137&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>
http://eeas.europa.eu/tunisia/docs/20110929_taskforce_en.pdf

4. EU soll in Tunesien gestrandeten Flüchtlingen helfen

Bei der Aussprache mit Kommissarin Malmström am 28.09. riefen die Europaabgeordneten die Mitgliedstaaten der EU auf, mehr zur Neuansiedlung der im tunesisch-libyschen Grenzgebiet gestrandeten Flüchtlinge zu tun. Deren Lage sei eine Schande. Tunesien verdiene Lob für seine Grenzöffnung.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110923IPR27384/html/MEPs-urge-EU-countries-to-help-refugees-stranded-in-Tunisia>

5. EP für Verhandlungen über Palästinas Antrag auf Staatsanerkennung

Das Europäische Parlament bezeichnete Palästinas Antrag auf Staatsanerkennung als "legitim" und sagte, dass eine Lösung innerhalb eines Jahres gefunden werden sollte. Die Abgeordneten meinen, dass die Eigenstaatlichkeit Palästinas ein Ergebnis der Verhandlungen während der laufenden UN-Generalversammlung sein sollte. Das Parlament bekräftigt seine nachdrückliche Unterstützung für eine Zwei-Staaten-Lösung auf der Grundlage der vor 1967 bestehenden Grenzen mit Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten und betont, dass direkte Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern unverzüglich wiederaufgenommen werden sollten. Die Resolution unterstreicht, dass "keine Änderungen gegenüber den vor 1967 bestehenden Grenzen, auch in Bezug auf Jerusalem, akzeptiert werden sollten, die nicht von den Parteien vereinbart wurden."

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110929IPR27854/html/EP-f%C3%BCr-Verhandlungen-%C3%BCber-Pal%C3%A4stinas-legitimen-Antrag-auf-Staatsanerkennung>

b) Außenhandel

1. Europäische Union hält an Doha-Entwicklungsagenda fest

Beim Treffen der EU-Außenhandelsminister am 26.09. bestand Übereinstimmung dahingehend, dass bei der 8. WTO-Ministerkonferenz am 15. bis 17. 12. in Genf nach Wegen gesucht werden müsse, aus der seit 2008 zu konstatierenden Sackgasse herauszukommen. Die EU strebe weiterhin einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde an.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/124745.pdf (Council Foreign Affairs)

2. Europäische Union hofft auf WTO-Beitritt Russlands im Dezember

Der Rat unterstrich am 26.09. die Bedeutung eines Beitritts Russlands zur WTO und erörterte mögliche Lösungen für die noch offenen bilateralen und multilateralen Probleme. Der Rat unterstützt die Bemühungen der Kommission für eine positive Entscheidung auf der 8. WTO-Ministerkonferenz am 15. bis 17. 12. in Genf.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/124745.pdf (Council Foreign Affairs)

3. Beschränkung der Exporte von "sensiblen" Gütern

Das Europäische Parlament hat am 27.09. Änderungen der EU-Regeln von Exporten, die sowohl für zivile als auch militärische Zwecke verwendet werden können, zugestimmt. Darunter fallen beispielsweise Chemikalien, Telekommunikationsgeräte oder Software. In Verhandlungen mit dem Rat haben die Abgeordneten die Zusage erstritten, dass keine allgemeinen Ausfuhrgenehmigungen für Technologien mit doppeltem Verwendungszweck erteilt werden sollen, die auch für Menschenrechtsverletzungen benutzt werden könnten.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110927IPR27586/html/Exporte-von-sensiblen-G%C3%BCtern-beschr%C3%A4nken>

4. Mehr Warenhandel zwischen der EU27 und den östlichen Partnern

Zwischen 2000 und 2010 hat sich der Warenverkehr der EU27 mit den 6 Östlichen Partnerländern (Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Georgien, Moldawien und der Ukraine) deutlich erhöht, trotz einem ausgeprägten Rückgang im Jahr 2009. Von 2000 bis 2008 wuchs der Wert der Ausfuhren von 8,8 Milliarden Euro auf einen Höchstwert von 37,1 Mrd. Nach einem Rückgang auf 23,2 Mrd. im Jahr 2009 zeigten die Ausfuhren eine teilweise Erholung im Jahr 2010 und erreichten einen Wert von 29,5 Mrd. Die Einfuhren folgten demselben Muster wie die Ausfuhren. Sie stiegen von 7,8 Mrd. im Jahr 2000 auf 31,6 Mrd. in 2008, fielen dann auf 19,0 Mrd. in 2009 und erhöhten sich auf 25,2 Mrd. im Jahr 2010. Infolgedessen wuchs der Außenhandelsüberschuss der EU27 mit den Östlichen Partnerländern von 1,0 Mrd. im Jahr 2000 auf 4,4 Mrd. in 2010.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/140&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

c) Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe

1. Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Ernährungssicherheit

Das Europäische Parlament begrüßte am 27.09. die Mitteilung der Kommission zur Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Ernährungssicherheit. Das EP ist jedoch der Auffassung, dass die weltweite Nahrungsmittelkrise außer einer humanitären Katastrophe ungekannten Ausmaßes gleichzeitig auch eine wesentliche Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit in der Welt darstellt. Es stellt ferner fest, dass die EU und die Mitgliedstaaten dringend neue Investitionen in die Landwirtschaft und die ländliche Entwicklung tätigen müssen, indem sie geeignete Mechanismen einführen, mit denen weltweit ausreichend große Lagerbestände an Grundnahrungsmitteln aufgebaut werden können.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0410+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. Schaffung eines Europäischen Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe

In der Erwägung, dass die Kommission am 23. November 2010 eine Mitteilung mit dem Titel „Freiwilligenarbeit als Ausdruck solidarischen Handelns der EU-Bürger: Erste Überlegungen zu einem Europäischen Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe (EVHAC)“ veröffentlicht hat, fordern die Europaabgeordneten in einer Erklärung das Europäische Parlament und den Rat auf, die Rechtsstellung und die Einzelheiten der Arbeitsweise des Korps bei Katastrophenschutzinsätzen festzulegen und daran zu arbeiten, dass das Korps unverzüglich eingerichtet wird. Die Abgeordneten sind der Ansicht, dass die Arbeit des Freiwilligendienstes vor allem darin bestehen sollte, Freiwillige zu finden, auszuwählen, zu trainieren und einzusetzen. Sie betonen, dass der Freiwilligendienst nachfrageorientiert und bedarfsorientiert sein sollte und dass die Sicherheit an oberster Stelle stehen müsse.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0432+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

1. Stärkung des Europäischen Sozialfonds

Nach informellen Informationen sollen in dem für den 05.10. angekündigten Entwurf für die Kohäsionspolitik in den am wenigsten entwickelten Regionen 25% der Strukturfondsmittel dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zukommen, in den Zwischenregionen (75-90% des durchschnittlichen Prokopfeinkommens) 40% und in den besser gestellten Regionen 52%. Dies ergebe für 2014-2020 insgesamt 84 Mrd. EUR und damit fast 10 Mrd. EUR mehr als in 2007-2013. Insgesamt würden für die Strukturfonds 336 Mrd. EUR vorgesehen.

2. Überarbeitung der Richtlinie über Berufsqualifikationen

Bei der Aussprache über das Grünbuch „Überarbeitung der Richtlinie über Berufsqualifikationen“ am 29.09. im Rat begrüßten die Delegationen das Vorhaben. Wesentliche Punkte sind ein Europäischer Berufsausweis, ein besserer Zugang zu Informationen über zuständige Behörden und erforderliche Dokumente sowie eine Modernisierung des automatischen Anerkennungssystems bei reglementierten Berufen insbesondere im Gesundheitswesen. Die Ausbildungsanforderungen für reglementierte Berufe seien teilweise bis zu 30 Jahre alt und reformbedürftig. Die Kommission wird noch vor Jahresende einen Gesetzesvorschlag unterbreiten.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/124855.pdf (Council Competitiveness)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st12/st12111.de11.pdf> (Grünbuch)

3. Krisenmaßnahmen des EGF bis Ende 2013 verlängert

Das Europäische Parlament beschloss am 29.09. eine Verlängerung der Krisenmaßnahmen des Europäischen Globalisierungsfonds bis Ende 2013. Als Teil der Maßnahmen zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde die Verordnung (EG) Nr. 1927/2006 durch die Verordnung (EG) Nr. 546/2009 abgeändert, um im Rahmen einer befristeten Ausnahmeregelung den Anwendungsbereich des EGF auf krisenbedingte Entlassungen auszudehnen und den EGF-Kofinanzierungssatz vorübergehend anzuheben. Angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen und finanziellen Lage in der Union soll diese Ausnahmeregelung vor ihrem Ablauf am 30. Dezember 2011 verlängert werden.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110929IPR27836/html/EGF-crisis-measures-to-be-extended-until-end-2013>

4. Dauerhafte Einrichtung des Europäischen Globalisierungsfonds

In seiner Entschließung vom 29.09. unterstützt das Europäische Parlament den Vorschlag der Kommission, den EGF auch über den derzeitigen mittelfristigen Finanzrahmen hinaus fortzuführen, und fordert eine dringende Klarstellung im Hinblick auf Landwirte und Arbeitnehmer mit befristeten Arbeitsverträgen. Das EP ist der Ansicht, dass der größte Mehrwert eines erneuerten EGF in einer wirksamen Unterstützung der Schulung und Umschulung von Arbeitnehmern mit Blick auf ihre Wiedereingliederung in die Beschäftigung unter schwierigen Arbeitsmarktbedingungen aufgrund der Umstrukturierung von Unternehmen oder Sektoren, aus der sich qualifikationsbezogene Missverhältnisse ergeben, liegen kann.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0431+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

IV. Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei

a. Ernährung

1. Rat verabschiedet neue Regeln für Lebensmittelkennzeichnung

Der Rat erließ am 29.09., nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, die neue Verordnung zur Lebensmittelkennzeichnung. Zukünftig muss der Energiegehalt sowie die Mengen an Fett, gesättigten Fettsäuren, Kohlenhydraten, Zucker, Eiweiß und Salz in einer lesbaren tabellarischen Form auf der Verpackung angebracht werden. Imitate wie Analogkäse und Klebefleisch müssen gekennzeichnet werden. Bei Frischfleisch muss die Herkunft angegeben werden. Bisher war dies nur bei Rindfleisch, Honig, Olivenöl sowie frischem Obst und Gemüse Pflicht. Die Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Die Erzeuger erhalten eine dreijährige Übergangsfrist. Die verpflichtende Nährwertdeklaration muss innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren umgesetzt werden.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110705IPR23384/html/Lebensmittelverpackungen-EP-stimmt-f%C3%BCr-klarere-Regeln-zur-Kennzeichnung> (PM EP)

<http://www.consilium.europa.eu/homepage/showfocus.aspx?lang=de&focusID=77144> (PM Rat)

b. Landwirtschaft

1. Zuspruch für kommende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik

Laut einer am 30.09. veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage wird das Konzept einer stärkeren Koppelung der Zahlungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) an die Erfüllung von Umweltauflagen von den EU-Bürgern weitgehend ebenso unterstützt wie das Konzept einer Begrenzung der Betriebsbeihilfen. Wie sich bei der Meinungsumfrage zeigte, stößt der besondere Beitrag kleiner landwirtschaftlicher Betriebe zur Entwicklung ländlicher Gemeinden auf Anerkennung, und die Bekanntgabe der Beträge, die die einzelnen Begünstigten empfangen, wird befürwortet. Fast die Hälfte der Befragten gab an, dass „regionale Erzeugnisse“ oder „Erzeugnisse der Berglandwirtschaft“ als solche nur schwer zu erkennen seien.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1136&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/agriculture/survey/index_de.htm

2. Wiedereinzahlung von GAP-Zahlungen mangelhaft

Der Europäische Rechnungshof behandelt in einem Sonderbericht die von den Mitgliedstaaten eingerichteten Systeme zur Wiedereinzahlung rechtsgrundlos geleisteter Zahlungen im Rahmen der

Gemeinsamen Agrarpolitik. Der Hof moniert die mit den Wiedereinziehungsverfahren verbundenen Risiken wie etwa lange Verzögerungen sowie die relativ niedrige Quote von Wiedereinziehungen bei den Endbegünstigten. Rund 90 % der in der Jahresrechnung der EU als "Wiedereinziehungen rechtsgrundlos geleisteter Zahlungen" ausgewiesenen Beträge entfielen auf Wiedereinziehungen, die die Kommission im Wege von Abzügen von den Mitgliedstaaten vornahm, und nicht auf tatsächliche Wiedereinziehungen bei den Begünstigten. Dadurch werde kein Abschreckungseffekt bei den Begünstigten erzielt.

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/8850770.PDF>

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/8830781.PDF>

V. Binnenmarkt, Steuern, Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt und Verbraucherschutz

1. Binnenmarktvorschriften weiterhin unzulänglich umgesetzt

Nach dem neuesten Binnenmarktanzeiger der Kommission haben 16 der 27 EU-Mitgliedstaaten das von den Staats- und Regierungschefs 2007 festgelegte Ziel eines Umsetzungsdefizits von höchstens 1 % nicht erreicht. Deutschland erreicht dieses Ziel. Österreich liegt mit 1.7% darüber. Der Durchschnitt liegt bei 1.2%. Derzeit entfallen die meisten Vertragsverletzungsverfahren auf Belgien (101), gefolgt von Griechenland (81) und Italien (79). In Deutschland sind es 50 und in Österreich 31. Der Durchschnitt liegt bei 37.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1130&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

http://ec.europa.eu/internal_market/score/index_en.htm

2. Gemischtes Urteil der Bürger über Binnenmarkt

Die europäischen Bürger sind im Allgemeinen zufrieden mit den Möglichkeiten, die ihnen der Binnenmarkt durch eine größere Auswahl an Produkten (74 %), mehr Arbeitsplätze (52 %) und fairen Wettbewerb (47 %) bietet. Andererseits besteht der Eindruck, der Binnenmarkt sei nur für große Unternehmen vorteilhaft (62 %), trage zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bei (51 %) und biete keinerlei Vorteile für Arme und benachteiligte Personengruppen (53 %). 28 % der Befragten denken daran, in Zukunft im Ausland zu arbeiten. Das sind einige der wichtigsten Ergebnisse der jüngsten Eurobarometer-Umfrage zum Binnenmarkt. Aus der Umfrage geht ferner hervor, dass viele Europäer (35 %) nichts über den Binnenmarkt und seine Vorteile wissen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1074&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/internal_market/top_layer/single_market_forum_de.htm

b) Steuern

1. Kommission präsentiert Vorschlag für Finanztransaktionssteuer

Am 28.09. legte die Kommission einen Richtlinienvorschlag für eine Finanztransaktionssteuer in allen 27 EU-Mitgliedstaaten vor. Der Handel mit Anteilen und Anleihen würde mit einem Steuersatz von 0.1 % und der Handel mit Derivaten mit einem Steuersatz von 0.01 % besteuert. Dadurch seien jährliche Einnahmen von etwa 57 Mrd. EUR möglich. Um die Gefahr von Standortverlagerungen von Finanzinstituten zu verringern, soll die Steuer nach dem Ansässigkeitsprinzip erhoben werden. Dies bedeutet, dass alle Geschäfte besteuert werden, die von in Europa wohnhaften Kunden getätigt werden, auch wenn die Transaktion außerhalb der EU durchgeführt wurde. Die Steuer soll ab

01.01.14 erhoben werden. Die Einnahmen durch die Steuer würden zwischen der EU und den Mitgliedstaaten aufgeteilt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1085&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Kritik an Steuerabkommen von Deutschland und Großbritannien mit Schweiz

Wegen der Abkommen von Deutschland und Großbritannien mit der Schweiz über eine Quellenbesteuerung und eine Steueramnestie haben Österreich und Luxemburg am 22.09. in der Ratsarbeitsgruppe Steuern jeden Kompromiss über eine Revision der Richtlinie über Zinsbesteuerung und über die Abkommen der EU mit Liechtenstein, Andorra, San Marino und Monaco abgelehnt. Österreich und Luxemburg sind nicht bereit, vom Prinzip der Quellenbesteuerung (unter Wahrung des Bankgeheimnisses) abzugehen und das Prinzip der automatischen Information einzuführen, wenn dies nicht auch für die Schweiz gilt. Widerstand kam auch von Italien, das gegen eine Vorzugsbehandlung für einzelne Mitgliedstaaten in Bezug auf Drittländer ist. Die Kommission prüft die Vereinbarkeit der bilateralen Verträge mit EU-Recht.

VI. Wirtschaft, Energie, Währung und Finanzen

a) Wirtschaft

1. EP verabschiedet Legislativpaket zur wirtschaftspolitischen Steuerung

Das Europäische Parlament stimmte am 28.09. dem sogenannten „Six-Pack“ zu. Die endgültige Verabschiedung erfolgt durch den Ecofin-Rat am 04.09. Das EP erreichte, dass auch bei Verstößen im präventiven Teil des Stabilitäts- und Wachstumspakts Sanktionen quasi-automatisch verhängt werden. Wenn im Rat ein Vorschlag der Kommission keine qualifizierte Mehrheit findet, ist darüber einen Monat später erneut abzustimmen. Bei der zweiten Abstimmung gilt der Vorschlag der Kommission als angenommen, wenn sich nicht eine einfache Mehrheit dagegen ausspricht. Für verfälschte Haushaltsstatistiken wird eine Geldstrafe (0.2% des BIP) verhängt. Missachtung von Empfehlungen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit wird im Eurogebiet mit einer zinspflichtigen Einlage (0.1% des BIP) sanktioniert.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110928IPR27710/html/Parlament-gibt-k%C3%BCnftigen-Economic-Governance-Pl%C3%A4nen-gr%C3%BCnes-Licht> (PM EP)

2. Aktionsplan für Griechenland

In seiner Rede am 28.09. bekräftigte Kommissionspräsident Barroso, dass Griechenland Mitglied des Euroraums bleibe. Dafür müsse es alle seine Verpflichtungen vollständig und fristgerecht erfüllen. Im Gegenzug erhalte Griechenland besondere Unterstützung. Soeben sei ein Aktionsplan vereinbart worden, der auf zwei Pfeilern ruht: (i) einem Verzeichnis von rund 100 nachhaltigen und qualitativ hochwertigen Projekten mit Investitionen in allen Regionen des Landes, um die verbleibenden Strukturfondsmittel für Griechenland (15 Mrd. EUR) bestmöglich zu nutzen, (ii) einer groß angelegten Initiative zum Bürokratieabbau bei kofinanzierten europäischen Projekten. Ein mit 500 Mio. EUR ausgestattetes Programm zur Absicherung von Darlehen der Europäischen Investitionsbank an griechische KMU sei bereits eingerichtet.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/607&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Prüfer unzufrieden mit Reformen in Griechenland

Nach Presseberichten hat die Troika (Vertreter von EU, Europäischer Zentralbank [EZB] und Internationalem Währungsfonds [IWF]) bemängelt, dass nur ältere Beamte in die angekündigte Personalreserve geschickt würden. Die Troika habe wiederholt reale und nicht virtuelle Pläne gefordert. Die Troika-Entscheidung, ob dem Land die letzte Tranche des Hilfsprogramms von 2010 über 8 Mrd. EUR ausgezahlt werden soll, wird für den 13.10. erwartet. Auf Unverständnis sei auch gestoßen, weshalb der öffentliche Nahverkehr in Athen immer noch Defizite in Höhe von rund 150 Mio. EUR im Jahr produziert und weshalb der Zugang zu den Berufsständen Taxifahrer und LKW-Fahrer noch nicht liberalisiert sei.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,789531,00.html>

b) Energie

1. Kommission betreibt Durchsetzung der Energiebinnenmarktregeln

In einer Rede am 29.09. beklagte Kommissar Oettinger, dass mehr als sechs Monate nach Ablauf der Frist die Verabschiedung der nationalen Rechtsvorschriften zur Umsetzung des dritten Energiepakets in der Mehrzahl der Mitgliedstaaten noch aussteht. Die Kommission habe daher Vertragsverletzungsverfahren gegen die Mitgliedstaaten eingeleitet, die das dritte Energiepaket noch nicht in ihr nationales Recht umgesetzt haben. Im Bereich Elektrizität seien dies 17 Mitgliedstaaten, im Bereich Gas sogar 18. Bis 2014 sei ein ehrgeiziges Arbeitsprogramm geplant, um die Marktregeln und Vorschriften für den Netzbetrieb in der EU sowohl für Strom als auch für Gas zu harmonisieren. Die Arbeiten kämen bereits gut voran.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/614&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Kartelluntersuchung auf Gasmarkt

Am 27.09. führten Kommissionsbeamte unangekündigte Inspektionen in Erdgasunternehmen in mehreren Mitgliedstaaten durch. Es geht hierbei um wettbewerbswidrige Praktiken zulasten von mittel- und osteuropäischen Staaten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/641&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

c) Währung und Finanzen

1. Portugal bekommt Haushaltsdefizit nicht in den Griff

Nach Presseberichten betrug das Haushaltsdefizit im ersten Quartal 7.7% und im zweiten 8.9%. Grund für den Zuwachs seien höhere Ausgaben für Gesundheit, Militär und Polizei. Um die Bedingungen für das 78-Mrd.-Rettungspaket des IWF und der EU zu erfüllen müsse Portugal in diesem Jahr ein Defizit von höchstens 5.9 % erreichen.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,789478,00.html>

2. Deutschland noch größter Nettozahler der EU

Nach dem Jahresbericht der Kommission über die EU-Finanzhilfen 2010 erhöhte sich der deutsche Nettobeitrag von 8.1 Mrd. EUR im Jahr 2009 auf 9.2 Mrd. EUR im Jahr 2010. Deutschland ist unter den 11 Nettozahlern der mit Abstand größte, vor dem Vereinigten Königreich (5.6 Mrd. EUR) und Frankreich (5.5 Mrd. EUR). Deutschland bringt auch mit 0.36% seines Bruttoinlandsprodukts nach Belgien und Luxemburg den größten Anteil bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt auf. Bei Belgien und Luxemburg werden jedoch die erheblichen finanziellen Vorteile, die sich aus dem Sitz der EU-

Institutionen ergeben, nicht einberechnet. Alle neuen Mitgliedstaaten sowie alle Südländer (mit Ausnahme von Italien) sowie Irland gehören zu den 16 Nettoempfängern. Größter Nettoempfänger ist Polen (8.4 Mrd. EUR), vor Spanien (4.1 Mrd. EUR) und Griechenland (3.6 Mrd. EUR).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1140&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Rettungsbeihilfen für spanische Sparkassen vorläufig genehmigt

Die Kommission hat die Rekapitalisierung der Sparkassen NCG Banco, Catalunya Banc und Unnim Banc durch den Bankenhilfsfonds Fondo de Reestructuración Ordenada Bancaria („FROB“) vorläufig genehmigt. Die drei Finanzinstitute wurden dieses Jahr im Rahmen der Umstrukturierung des spanischen Sparkassensystems gegründet. Die endgültige Genehmigung der Rekapitalisierungen ist an die Vorlage eines Umstrukturierungsplans gebunden, der gewährleistet, dass die langfristige Rentabilität der Finanzinstitute wiederhergestellt wird, die Anteilseigner einen angemessenen Anteil an den Umstrukturierungskosten tragen und die Verzerrung des Wettbewerbs beschränkt bleibt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1143&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

1. Schaffung eines einheitlichen Patentgerichtssystems

Im Rat für Wettbewerbsfähigkeit fand am 29.09 die Schaffung eines einheitlichen Patentgerichtssystems breite Unterstützung. Vorgesehen ist ein einheitliches Patentgericht, bestehend aus einem Gericht erster Instanz (mit lokalen Kammern und einer zentralen Kammer) und einem Berufungsgericht mit ausschließlicher Zuständigkeit sowohl für europäische Patente als auch für EU-Patente (nunmehr: Europäische Patente mit einheitlicher Wirkung). Das neue Gericht würde EU-Recht voll anwenden und unter Kontrolle des Europäischen Gerichtshofs stehen. Drittstaaten wären ausgeschlossen. Die Präsidentschaft strebt bis zum Jahresende eine politische Einigung über das gesamte Patentpaket an. Spanien und Italien beteiligen sich nicht. Im Juni ist eine allgemeine Ausrichtung zum Patent und zum Sprachenregime erzielt worden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/124855.pdf (Council Competitiveness)

b) Inneres

1. Deutschland und Österreich kommen Rückführungsrichtlinie nicht nach

Die Kommission forderte am 29.09. acht Mitgliedstaaten auf, für die vollständige Einhaltung der EU-Vorschriften über die Rückkehr oder Rückführung irregulärer Migranten zu sorgen. **Österreich**, Belgien, Zypern, **Deutschland**, Litauen, Polen, Schweden und die Niederlande haben der Kommission bisher keine nationalen Durchführungsvorschriften zu der Rückführungsrichtlinie aus dem Jahr 2008 mitgeteilt. Am 24. 12. 2010 war die Frist für die Umsetzung durch die Mitgliedstaaten abgelaufen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1097&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VIII. Umwelt

1. Festlegung eines Standpunkts der EU vor der VN-Konferenz Rio+20

In seiner Entschließung vom 29.09. zur Festlegung eines gemeinsamen Standpunkts der Union vor der Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung (Rio+20) im Juni 2012, fordert das Europäische Parlament dass der „umweltverträglichen Wirtschaft“ als einem der beiden Hauptthemen des Gipfels ein Schwerpunkt eingeräumt wird und dass unter dem Begriff „umweltverträgliche Wirtschaft“ die gesamte Wirtschaft verstanden wird, die sich in Bezug auf die biologische Artenvielfalt, die Erhaltung der Ökosystemleistungen, den Klimaschutz und die Nutzung natürlicher Ressourcen durch Nachhaltigkeit auszeichnet. Das EP betont, dass dem Human-, Umwelt- und Naturkapital mehr Bedeutung beigemessen werden sollte und dass nachhaltige Entwicklung über eine umweltverträgliche Wirtschaft hinausgeht.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110929IPR27849/html/MEPs-call-for-global-green-economy-targets>

2. Benchmarks für kostenlose Emissionszertifikate im Flugverkehr

Im Handelszeitraum 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012 werden 85 % der Emissionszertifikate für den Luftverkehr den Luftfahrzeugbetreibern kostenlos zugeteilt. Zwischen dem 1. Januar 2013 und dem 31. Dezember 2020 sind 82 % kostenlos; 15 % werden versteigert und 3 % werden einer Sonderreserve für neue Marktteilnehmer und schnell wachsende Luftverkehrsunternehmen zugeführt. Die Richtwerte für die kostenlosen Emissionszertifikate im Flugverkehr stehen fest. "Dank der Benchmarks wissen die Fluggesellschaften jetzt sicher, wie viele Zertifikate sie jährlich bis 2020 kostenlos erhalten werden", sagte EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard bei der Veröffentlichung am 26.09. "Bei den aktuellen Marktpreisen sind die kostenlosen Zertifikate für die nächsten zehn Jahre über 20 Milliarden Euro wert."

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1077&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

IX. Verkehr

1. EP fordert ehrgeizige Maßnahmen für Straßenverkehrssicherheit

Das EP sprach sich am 27.09. für 103 Maßnahmen aus, um die Zahl der Verkehrstoten bis 2020 zu halbieren. Die EU soll die Verwendung von Alcolocks im gewerblichen Güter- und Personenverkehr fördern. Auch soll eine europaweite Geschwindigkeitsbegrenzung von 30km/h in Wohnungsgebieten angestrebt werden. Das Parlament fordert dringend ein neues Aktionsprogramm für die Straßenverkehrssicherheit 2011-2020 und empfiehlt eine verstärkte Harmonisierung von Verkehrsregeln und -zeichen, technischen Überprüfungen von Fahrzeugen und der Promillegrenzen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110927IPR27617/html/Verkehrssicherheit-Zahl-der-Verkehrstoten-bis-2020-halbieren>

X. Medien und Informationsgesellschaft

1. Privatsphäre Minderjähriger in sozialen Netzen unzulänglich geschützt

Nur zwei von neun Websites zur sozialen Vernetzung (Habbo Hotel und Xbox Live) haben Standardeinstellungen, bei denen die persönlichen Profile Minderjähriger nur von ihren genehmigten Kontakten eingesehen werden können – das hat eine neue Testrunde ergeben, die im Auftrag der Kommission durchgeführt wurde.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1124&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Besserer Zugang zu Daten des öffentlichen Sektors

In einer Rede am 22.09. plädierte Kommissionsvizepräsidentin Nélie Kroes für einen besseren Zugang zu den Daten des öffentlichen Sektors. Davon könnten Wissenschaft, Bürger und Wirtschaft profitieren. Für November sei eine mögliche Änderung der Richtlinie über Daten des öffentlichen Sektors ins Auge gefasst. Im Frühjahr 2012 wolle die Kommission ein Portal für den Zugang zu ihren eigenen Daten anlegen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/596&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

XI. Bildung, Forschung, Kultur

a) Bildung

1. EP für Mobilität von Studenten und Berufstätigen im Mittelmeerraum

In ihrer Erklärung vom 27.09. fordern die Abgeordneten die Kommission und die Hohe Vertreterin/Vizepräsidentin auf, bis Ende 2011 die Schaffung von Europa-Mittelmeer-Programmen ERASMUS und LEONARDO DA VINCI vorzuschlagen, mit dem die transnationale Mobilität von Studenten und jungen Menschen in Berufsbildung auf beiden Seiten des Mittelmeers gefördert werden soll.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0413+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. System der Europäischen Schulen als Modell

In seiner Entschließung vom 27.09. ist das Europäische Parlament der Ansicht, dass dieses besondere Bildungssystem den Schülern die Möglichkeit gibt, sämtliche Fächer in einer multikulturellen und mehrsprachigen Umgebung mit qualifizierten Lehrern zu lernen und gleichzeitig die eigene Muttersprache zu pflegen. Es ist ferner der Ansicht, dass die Europäischen Schulen, die ein hervorragendes Bildungsvorzeigeprojekt darstellen, dessen pädagogische Grundlage sich bereits bewährt hat, zum Vorbild für eine optimale Art der Schulausbildung in Europa werden sollten.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0402+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

b) Forschung

1. Strategie für die EU-Finanzierung von Forschung und Innovation

In seiner Entschließung vom 27.09. begrüßt das EP das Grünbuch mit dem Titel „Von Herausforderungen zu Chancen: Entwicklung einer gemeinsamen Strategie für die EU-Finanzierung von Forschung und Innovation“. Das EP ist der Auffassung, dass in diesem neuen Rahmen die Forschungsprogramme und Finanzierungssysteme der EU auf der Grundlage der gemeinschaftlichen Forschungs- und Innovationspolitik und der Forschungsprogramme der Mitgliedstaaten zentral miteinander verknüpft werden sollten; es vertritt die Auffassung, dass der gemeinsame strategische Rahmen einem integrierten Ansatz folgen sollte, der auf mehr Attraktivität und einen einfacheren Zugang für alle Teilnehmer zielt. Das EP plädiert aber für eine Trennung der Mittel für Forschung von den Mitteln aus den Strukturfonds und dem Kohäsionsfonds.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0401+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>